

«Diese Lösung ist eben kein Deal, sondern ein Diktat»

NZZ am Sonntag: Die FDP lehnt das Gesetz zur Beilegung des Steuerstreits mit den USA ab. Werden Sie den Bankenplatz wirklich im Stich lassen?

Philipp Müller: Wir wollen, dass der Bundesrat entscheidet, und haben darum im Ständerat Nichteintretensanträge gestellt. Das heisst aber nicht, dass wir blind eine Katastrophe in Kauf nehmen, im Gegenteil. Wir reichen gleichzeitig eine Motion ein, die verlangt, dass der Bundesrat in eigener Kompetenz entscheidet, ob er einer Bank die Bewilligung zur Lieferung von Daten an die USA erteilt. Der Bundesrat würde damit genau das tun, was er vor einem Jahr schon einmal getan hat, ohne die Verantwortung auf das Parlament abzuschieben.

Damit nehmen Sie das Risiko in Kauf, dass der ganze Deal scheitert.

Auch bei einem Nein kann der Bundesrat den Banken bewilligen, dass sie den USA die erforderlichen Daten liefern und über Bussen verhandeln können. Nur der Bundesrat hat die Informationen über das sogenannte Programm, das die USA den Banken anbieten wollen. Das Parlament hat diese nicht und müsste in Unkenntnis der Konsequenzen entscheiden.

Was, wenn Ihr Poker nicht aufgeht und die Bewilligungen ausbleiben oder angefochten werden?

Mit unserer Motion verlangen wir auch, dass der Bundesrat Massnahmen



ergreift, die den Finanzplatz gegen die Angriffe der USA schützen. Das umfasst die Option, dass die Nationalbank für angeklagte Banken das Clearing von Dollarüberweisungen abwickelt. Ich gehe aktuell davon aus, dass wir das Problem auch ohne Lex USA lösen können. Das Gesetz führt nur dazu, dass fast der ganze Finanzplatz Schweiz die Hosen runterlassen muss.

Dafür wäre das leidige Thema erledigt, die Banken könnten wieder an die Zukunft denken.

Schön wäre es. Doch die aktuelle Lösung ist eben kein Deal, wie man immer sagt, sondern ein Diktat der USA. Mit den Abschleicherlisten werden die USA auch andere Banken angreifen. Und es soll mir niemand sagen, damit seien die USA für immer ruhiggestellt. Ein Gesetz zur temporären Aushebelung unseres Rechts würde vielmehr bewirken, dass andere Staaten wie Deutschland oder Frankreich sofort dasselbe fordern. Sie haben ja gehört, dass sich Kanzlerin Merkel schon solche Gedanken macht.

Ist die FDP nicht einfach zu feige, um Verantwortung zu übernehmen?

Der Vorwurf kommt von CVP-Chef Darbellay. Ich muss ihm sagen: Die Kritik fällt auf ihn zurück. Er laviert wieder einmal herum, obwohl er wohl schon weiss, dass er letztlich zustimmen wird. Wir haben von Anfang gesagt: Entscheiden soll jene politische Instanz, die das Verhandlungsergebnis kennt und über das US-Programm Bescheid weiss. Das ist der Bundesrat. Es wäre vielmehr verantwortungslos, wenn das Parlament nun entscheidet, ohne zu wissen, welche Folgen das hat.

Was müsste passieren, damit Sie doch noch zustimmen könnten?

Ich kann mir zum heutigen Zeitpunkt und mit dem jetzigen Informationsstand schlicht nicht vorstellen, dass wir diesem Gesetz zustimmen.

Auch nicht, wenn der Bundesrat zusätzliche Informationen liefert?

Wir wissen ja, worum es geht. Es geht darum, ob wir im Parlament unter amerikanischem Druck temporär

.....
«Dieses Gesetz führt nur dazu, dass fast der ganze Finanzplatz Schweiz die Hosen runterlassen muss.»
.....

unser Strafgesetz aushebeln oder nicht. Und dies notabene auch für Banken, die wider besseres Wissen nach dem Fall UBS noch US-Recht gebrochen haben. Dazu dürfen wir aus staatspolitischen Gründen nicht Hand bieten. Wir würden grundlegende Prinzipien unseres Rechtsstaates preisgeben. Im Übrigen bringt es wenig, wenn der Bundesrat jetzt den zuständigen Kommissionen vertraulich noch einige Details gibt. Allen anderen Parlamentariern, die letztlich nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden müssen, hilft das gar nichts.

Mit einem Nein zum Gesetz lassen Sie die Bankmitarbeiter fallen, denen darin Schutz geboten wird.

Selbst das ist umstritten. Durch die Lieferung der Abschleicherlisten wird auch die Zahl der Mitarbeiter, deren Namen an die USA geliefert wird, lawinenartig zunehmen. Sie werden zwar vorher informiert, haben aber keine rechtlichen Mittel, um sich gegen die Datenlieferung zu wehren.

Ohne Gesetz wäre es aber schwieriger, den USA die Daten von Anwälten und Treuhändern zu liefern. Wollen Sie nicht einfach diese Klientel schützen?

Ich kann diese Vorwürfe nicht mehr hören. Die FDP politisiert unabhängig, das beweisen wir gerade bei diesem Geschäft, für das zum Beispiel die Bankiervereinigung heftig lobbyiert.
Interview: Daniel Friedli